

KEIN LAND - NIRGENDWO ?

Rückkehrmöglichkeiten von Romaflüchtlingen in die Bundesrepublik
Jugoslawien
Ergebnisse einer Recherche-Reise nach Belgrad im Dezember 2002

Karin Hopfmann
Flüchtlingspolitische Sprecherin

Herausgeber:

PDS- Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin
Niederkirchnerstr. 5
10 111 Berlin

Tel.: 030 / 23 25 25 24

Fax: 030 / 23 25 25 25

e-mail: pds-fraktion.kontakt@pds.parlament-berlin.de

<http://www.parlament-berlin.de/pds-fraktion>

Dezember 2002

Vorbemerkung

Seit Anfang der neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts sind unter den Zehntausenden von Flüchtlingen aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (SFRJ) zahlreiche Angehörige der Roma. Eine erste Flüchtlingswelle kam im Zusammenhang mit dem Bürgerkrieg seit 1991, eine zweite 1999 während der Zuspitzung der Auseinandersetzungen im Kosovo und durch die NATO-Angriffe auf Serbien und Kosovo.

Es wird geschätzt, dass sich zur Zeit ca. 60 000 Romaflüchtlinge aus Serbien und Montenegro sowie dem Kosovo in der Bundesrepublik aufhalten.¹

Ebenso wie die besonders prekäre Situation der Roma in Bosnien-Herzegowina bei der Rückführungspolitik seit 1996 keine Berücksichtigung fand, ist nach der Erneuerung des Rückübernahmeabkommens zwischen den Innenministerien der Bundesrepublik Deutschland und der Bundesrepublik Jugoslawien keine Rücksichtnahme auf die Lebensbedingungen der Roma in Jugoslawien erkennbar.

Eine Flüchtlingspolitik, die sich an den Menschenrechten und Grundsätzen der Humanität orientiert, kann allerdings keine Politik der „Entsorgung“ von Menschen in ihr Herkunftsland sein, die das Vorhandensein menschenwürdiger Lebensverhältnisse nicht prüft, die Verantwortung dafür dem Herkunftsland überlässt ohne nach dessen Realitäten und Möglichkeiten zu fragen und zudem Druck und unmittelbaren Zwang auf die Flüchtlinge in der Frage der Rückkehr ausübt bis hin zur zwangsweisen Abschiebung.

Im Falle der Romaflüchtlinge ist die Androhung einer zwangsweisen Rückführung (sprich Abschiebung, im Englischen deportation) auch mit Blick auf die Verfolgungsgeschichte während der Nazidiktatur und die Ermordung von annähernd 500 000 Roma in ganz Europa, die ebenso wie jüdische Menschen Opfer des Holocaust wurden, im besonderen Maße unverständlich und politisch inakzeptabel. Allerdings findet diese Argumentation unter bundesdeutschen PolitikerInnen kein Gehör. Die Konferenz der Innenminister der Länder lehnte Anfang Dezember 2002 selbst eine kleinteilige Lösung für langjährig in der Bundesrepublik Deutschland lebende Romafamilien aus Jugoslawien ab.

Solange keine Akzeptanz für eine besondere politische Verantwortung gegenüber Romaflüchtlingen aus Südosteuropa erkennbar ist, bleibt nur der Versuch, auf die prekäre Situation der Roma als Randgruppe der Gesellschaften in Osteuropa, die gesellschaftlich und staatlich akzeptierten Formen ihrer Diskriminierung und die sozialen Folgen zu verweisen, um ein Bleiberecht aus humanitären Gründen einzufordern. Eine solche humanitäre Regelung würde für Tausende junge Menschen eine neue Lebensperspektive bedeuten und den ewigen Kreislauf von Benachteiligung und Desintegration in die Mehrheitsgesellschaft endlich aufbrechen. Für die Zukunft ist das auch für die Roma in Jugoslawien zu hoffen, zumal sich mit dem neuen Gesetz zur Förderung von Minderheiten etwas zu bewegen scheint. In der gegenwärtigen Situation hat die große Mehrheit der Roma und ihre Kinder keine Chance auf Akzeptanz und Integration. Am schwersten von Benachteiligung betroffen sind Zehntausende von Romaflüchtlingen aus dem Kosovo, sogenannte IDP's (Internal Displaced Persons).

¹ Angaben des UNHCHR in Belgrad

Mein Aufenthalt in Belgrad in der Zeit vom 3. bis 7. Dezember 2002 diente der Recherche der tatsächlichen Situation der Roma in Serbien und Kosovo aus der Sicht internationaler und nationaler Organisationen, darunter auch eigenständig arbeitender Romaorganisationen, und staatlicher Institutionen und einer Ortsbesichtigung in einer der zahlreichen Romasiedlungen am Rande von Belgrad. Nur nach einer Kenntnisnahme der realen Lebensbedingungen kann die Frage beantwortet werden, ob es verantwortbar ist, Flüchtlinge zurück zu schicken.

Ich hatte die Gelegenheit mit folgenden Institutionen, Organisationen und Personen zu sprechen:

- Mathijs Le Rutte, Legal Officer, UNHCR, Office Belgrade
- Caroline Harvey, Human Rights Officer, UNHCHR Federal Republic of Yugoslavia
- Dr. Sanda Raskovic-Ivic, Kommissarin für Flüchtlinge der Republik Serbien
- Stephan Mueller, Stephane A. Jeannet, Roma Integration and Empowerment Strategy Team des Ministeriums für Minoritätenpolitik der Föderation
- Petar Antic, Zentrum für Minderheitenrechte
- Dejan Markovic, Bezirksverordneter und Mitglied des Exekutivkomitees von Belgrad
- Mitrovic Zivojin, Vorsitzender der Partei der Romaeinheit und Direktor der Humanitären Organisation Romsko Srce
- Dragan Lalosevic, Fond Za Humanitarno Pravo, Belgrad
- Milica Simic, RCC co-ordinator, Roma Children Center, Belgrad
- Dr. Aleksandra Mitrovic, Vorsitzende der Society for the Improvement of Local Roma Communities
- Slavica Vasic, Romksi Zenski Centar BIBIJA, Belgrad
- Prof. Irina Subotic, Kunsthistorikerin, Schwester der Mitbegründerin der jugoslawischen Friedensbewegung und Initiatorin der Organisation Grupa 484, Belgrad, Jelena Santic (verstorben im Jahr 2000)
- Familie Drmaku, nach 13 Jahren Aufenthalt in Dülmen, Landkreis Coesfeld, im November 2002 zurückgeschoben nach Belgrad, jetzt wohnhaft bei einem Bruder in Smederevo

Ich bin Frau Vesna Golic und Frau Vesna Mitrovic von der Grupa 484 zu großem Dank verpflichtet. Sie haben in kürzester Zeit das Programm meines Aufenthaltes in Belgrad zusammengestellt und die Terminabsprachen getroffen.

Ich bedanke mich ebenso bei meiner Begleiterin und Dolmetscherin Frau Jasna Russo für ihr großes Engagement.

1. Die Flüchtlingssituation in der Bundesrepublik Jugoslawien / Zahlen

Nach unterschiedlichen Angaben der GesprächspartnerInnen beträgt die Gesamtzahl der Flüchtlinge in der BR Jugoslawien zwischen 650.000 und 700.000. Sie stammen aus Kroatien und Bosnien-Herzegowina (450.000), Slowenien (4 – 5.000) und dem Kosovo (230.000, darunter 40.000 bis 60.000 Roma). 26.000 Flüchtlinge wurden in sogenannten collectiv centers untergebracht. Roma wurden bei der Aufnahme in diesen Sammelunterkünften oft zurückgewiesen und begaben sich mehrheitlich in nicht legale Siedlungen zu länger ansässigen Romafamilien. Nur 20.000 Romaflüchtlinge aus dem Kosovo gelten als registriert. Nach Angaben der Serbischen Akademie der Wissenschaften soll die Zahl der Romaflüchtlinge aus dem Kosovo in Serbien 80.000 betragen. Die Gesamtzahl der in der BR Jugoslawien lebenden Roma betrug 1991 offiziell 143.519, inoffiziell wird sie auf 450.000 bis 800.000 geschätzt.

2. Soziale Situation der Romaflüchtlinge (IDP's) in Serbien

In Jugoslawien gibt es eine Vielzahl von nicht legalen Romasiedlungen auf staatlichen Grund und Boden. Sie werden in der Regel geduldet, erhalten aber keine Mittel für grundlegende infrastrukturelle Maßnahmen wie Stromversorgung, befestigte Straßen, Wasseranschlüsse, ganz zu schweigen von Müllabfuhr. Flüchtlinge, die sich an solchen Orten notgedrungen niedergelassen haben, wollen und können sich oft nicht registrieren lassen. Wie berichtet wurde, spielt dabei die Angst vor schlechter Behandlung auf Polizeibehörden, vor Vertreibung als auch die Unsicherheit im Umgang mit bürokratischen Maßnahmen (Formulare ausfüllen) eine Rolle.

Die meisten Romaflüchtlinge sind nicht registriert und haben damit keine Ansprüche auf humanitäre Hilfe, auf Gesundheitsfürsorge, Schulbildung etc. Sie sind für die Behörden nicht existent. Sozialhilfe gibt es für sie nicht. Die Art der Behausung hängt vom sozialen Status der Familie, des familiären Umfeldes und den Mitteln ab, die bei der Flucht gesichert werden konnten. Flucht und Vertreibung aus dem Kosovo z.B. verliefen auf unterschiedliche Art und Weise, je nachdem wie viel Zeit den Familien verblieb Hab und Gut zu sichern oder zu verkaufen. Viele Familien haben durch die Flucht fast alles verloren, vor allem aber ihre Häuser.

Die Versorgung mit Lebensmitteln und Dingen des täglichen Bedarfs für bedürftige (registrierte) Flüchtlinge wurde bisher von internationalen und nationalen Hilfsorganisationen mit monatlichen Hilfspaketen (pro Person 3 kg Mehl, 3 l Öl, 2 kg Zucker, 1 kg Reis, 1 kg Bohnen, 1 kg Spagetti, 1 bis 2 Dosen Fisch oder Fleisch, Hygieneartikel) einigermaßen gesichert. Bei großen Familien kommt es wohl immer wieder vor, dass die Zahl der Hilfspakete stark eingeschränkt wird. Allerdings wurde in mehreren Gesprächen darauf hingewiesen, dass sich die internationalen humanitären Hilfsorganisationen immer mehr zurückziehen und ihre Hilfe nach und nach einstellen. Die Eigenversorgung ist nur durch Gelegenheitsarbeiten möglich. Viele Roma sammeln in den Städten Müll und leben vom Verkauf an Agenturen. Sie sind deshalb auf Wohnplätze in den Städten oder an den Rändern der größeren Städte angewiesen. Durch die Fluchtwelle aus dem Kosovo hat sich die Zahl der Roma in den Siedlungen in und um Belgrad stark erhöht, so dass von einer Zahl von ca. 100.000 Roma ausgegangen werden kann. Bis auf einzelne Aktivitäten internationaler Organisationen erhielten die Flüchtlinge kein Baumaterial, so dass

sich die Zahl der armseligen Behausungen aus Wellblech, Holz und Pappe ohne Wasseranschluss und Toilette auf unbefestigten Plätzen stark vergrößert hat. Ein Anspruch auf Sozialversicherung incl. Krankenkasse besteht nur bei Nachweis einer regulären Arbeit, die für die meisten Roma unerreichbar ist. Die medizinische Versorgung muss ohne Sozialversicherungsvertrag i.d.R. privat finanziert werden. Viele Romafrauen hätten zumindest dann, wenn sie registriert sind, einen Anspruch auf Kindergeld. Sie werden aber oft in den Behörden abgewiesen und nicht nur deshalb, weil das Ausfüllen der vielen Formulare von Ihnen selbst nicht geleistet werden kann.

Von mehr als 150 Romasiedlungen in und um Belgrad gilt nur eine (Orlovsko Naselje in Mirjevo) als gänzlich legal. 80% der ca 150 Siedlungen gelten als sehr arme Gebiete, 79% haben keinen Anschluss an die Trinkwasserversorgung, keine Kanalisation. Die Organisation Society for the Improvement of Local Roma Communities arbeitet zur Zeit an einer vollständigen Erfassung der Situation der Siedlungen in der Hoffnung, dass der künftige Masterplan für die Entwicklung Belgrads die Entwicklung der Infrastruktur der Gebiete berücksichtigt und ihr Priorität einräumt. Es besteht allerdings große Skepsis darüber, dass die Belange der Romasiedlungen ernst genommen werden. Es sei aber schon ein Fortschritt, dass die Existenz dieser armen Siedlungsgebiete anerkannt werde. Letztlich sei es eine Frage der politischen Prioritäten. Bisher gebe es nur wenige Beispiele für die Förderung der Infrastruktur von Romasiedlungen, darunter das Projekt für eine nachhaltige Entwicklung des Ortsteils Eagle's Nest der legalisierten Siedlung Orlovsko Naselje (1997), das von der oben genannten Organisation initiiert wurde. Allerdings gibt es eine für viele Siedlungen bedrohliche Entwicklung: Aufgrund der Privatisierung von staatlichen oder kommunalem Grund und Boden, d.h. von Bodenverkäufen an Private kommt es zu erneuten Vertreibungen sowohl alteingesessener Romafamilien als auch der Flüchtlinge. In der Regel (aufgrund der illegalen Niederlassungen) stellt der Staat/die Kommune keine Ersatzlösungen zur Verfügung. So werden ganze Wohnviertel in ihrer Binnenstruktur zerstört. Siehe das Beispiel der Vertreibung der Bewohner der Siedlung am Alten Flugplatz in Belgrad (Anhang). Frau Harvey vom UNHCHR in Belgrad sagte dazu: „Municipality just puts people on the streets.“

Gleichzeitig sollen die Flüchtlingszentren nach und nach geschlossen werden. Begleitend dazu gibt es aber eine Strategie der Integration und Repatriierung der serbischen Flüchtlinge aus Kroatien und Bosnien-Herzegowina, die auf Freiwilligkeit der Rückkehr setzt. Es gibt ein kleinteiliges Programm zur Unterbringung von 1000 älteren Menschen und ein Bauprogramm für 80 Familien. Niemand wird einfach auf die Straße gesetzt, wie das mit den Roma geschieht.

3. Das Recht auf Bildung – ein Grundrecht auch für Romakinder?

In vielen Gesprächen wurde mir gesagt, eine Änderung der Situation der Roma sei nur langfristig möglich über den Zugang zu Bildung. Dafür seien aber die Zugangsbedingungen für Romakinder, für die ein regulärer Schulabschluss oft unerreichbar sei, diskriminierend. Die Schuleingangstests berücksichtigten nicht den Bildungsstand und die Sprachbesonderheiten in den meisten Romafamilien, so dass viele Kinder die Tests nicht bestehen und in Sonderschulen für lernbehinderte Kinder eingewiesen würden. Einzelne Schulen hätten auch begonnen, Sonderklassen für

Roma einzurichten, was auf eine Segregation hinaus liefe. Entscheidend für die Beschulung sei nicht die Intelligenz der Kinder sondern die Sprachkompetenz in der serbischen Sprache und ein Wissensstand, den die Kinder aufgrund ihres sozialen Umfeldes nicht in ausreichendem Maße haben könnten. Dazu kommen die fehlende Registrierung (ohne Registrierung keine Anmeldung zum Schulbesuch), traditionelle Einstellungen zum Schulbesuch in den bildungsfernen Romafamilien und fehlende finanzielle Mittel für eine angemessene Schulbekleidung und Schulmaterialien. Zwischen 60 und 70% der Kinder sollen die Grundschule abbrechen. Einzelne erfolgreiche Schulvorbereitungskurse wie z.B. die aus privaten und Spendenmitteln finanzierten KITAs des Vereins Romsko Srce in Belgrad (Betreuung von 200 Kindern) zeigten aber, dass die Kinder bei einer Förderung im vorschulischen Bereich mehrheitlich die Schuleingangstests bestehen und auf „normale“ Schulen gehen könnten. An entsprechenden staatlichen Förderprogrammen fehle es aber bzw. werden Projekte wie das eines nachweislich erfolgreich arbeitenden Montessori-Kindergartens für 80 Romakinder in der Siedlung Mali Leskovac vom zuständigen Ministerium nicht anerkannt, weil das Curriculum vom üblichen abweiche. Auch die Organisation Roma Children Center, ein feministisch ausgerichtetes Frauen- und Kinderzentrum in Belgrad, geleitet von der pensionierten Lehrerin Milica Spasic, und noch finanziert von internationalen Organisationen, versucht punktuell durch die Betreuung von ca. 2500 Kindern aus drei Siedlungen in fünf Grundschulen Romakindern zu einer Perspektive zu verhelfen. Sie kümmert sich aber auch um die Mütter, vor allem um Frauen, die mit Gewalt konfrontiert sind, um Straßenkinder und um missbrauchte, sexuell ausgebeutete Kinder. Ihre Arbeit ist wie die weiterer Organisationen wie z.B. des Roma Women Center BIBIJA unersetzlich, aber doch nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Überall hörte ich: Die Schulsituation der Romakinder könne als prekär bezeichnet werden, sie sei durch ungenügende Förderung, Diskriminierung beim Zugang zur Schule und alltägliche Diskriminierung während des Schulbesuches durch MitschülerInnen und LehrerInnen bestimmt, wofür es zahlreiche Beweise gebe.²

4. Die Situation der Rückkehrer aus Deutschland

Meine Erkundigungen zur Unterbringung von Rückkehrern aus Deutschland ergaben überall die gleiche Antwort: Es gibt keine staatliche Hilfe, d.h. keine Unterbringung, keine Versorgungsmöglichkeiten. Jeder muss sich selbst helfen oder ist auf familiäre Hilfe angewiesen. Die Flüchtlinge passieren auch nach einer Abschiebung ohne Probleme die Polizeikontrolle, aber dann passiert auch nichts mehr, was ihnen weiterhelfen könnte.

So traf ich die Familie Drmaku mit vier Kindern, die Anfang November aus Dülmen, Landkreis Coesfeld abgeschoben worden war, wo sie dreizehn Jahre gelebt hatte. Die sechs Personen teilen sich jetzt in einer Romasiedlung in der Stadt Smederevo einen Raum mit der Familie des Bruders, insgesamt sind sie zehn Personen, die der Bruder versorgen und unterbringen muss. Da mir keine Adresse und Hausnummer genannt werden konnte („Das haben wir dort nicht.“), handelt es sich anscheinend um eine der armseligen, illegalen Romasiedlungen, die ich auch in Belgrad sah. Die Frau meinte, dass schon allein die Anmeldegebühren von 300 Dinar pro Person inclusive Passfotos für sie sehr viel Geld sei und fragte, wozu eine Anmeldung gut

² Siehe auch Petar Antic, Abuses of Roma Rights in Serbia, The Minority Rights Centre, Belgrade 2001

sei, wenn sie doch nichts nütze. Sozialhilfe gäbe es sowieso nicht. Das Geld, dass sie von der Caritas in Dülmen mitbekommen hätten, sei längst verbraucht. Sie konnte mir nicht sagen, wovon sie leben sollen außer von Gelegenheitsjobs, wenn der Mann oder der Sohn Glück hätten. Baumaterial für eine eigene Behausung gäbe es nur gegen Bezahlung.

Die Kommissarin für Flüchtlinge der serbischen Regierung, Frau Dr. Sanda Raskovic-Ivic bestätigte, dass es für Rückkehrer aus der Bundesrepublik Deutschland oder anderen Ländern keine Hilfen gebe. Eine Rückführung in den Kosovo sei darüber hinaus individuell bedrohlich. Die Romaflüchtlinge seien „endangered of their lifes“, „they might get killed“. „They will be refugees for the second time. That is too much in ones life.“

Generell sei die erzwungene Rückkehr nach Serbien „a ticking social bomb“ and „gasoline put on the fire“. „We can´t do anything for this people!“ Es gebe keine Fonds zur Unterstützung der Rückkehrer. Ihr Kommissariat sei nur zuständig für die IDP´s, nicht für Rückkehrer aus dem Ausland. Da sei auch keine andere Institution zuständig. Wenn die Rückkehrer ohne finanzielle Mittel kämen, gerieten sie in ein Desaster. Sind sie aber ausgestattet mit ausreichenden Mitteln, so gibt es Probleme mit der ansässigen armen Bevölkerung. Ohnehin nähmen rechtsradikale Tendenzen auch gegen Roma zu. Für sie sei es ein „worse scenario“, wenn die Bundesrepublik nunmehr Zehntausende Flüchtlinge zurückschicke. Auf den Rückübernahmevertrag des Innenministeriums mit der deutschen Regierung angesprochen, sagte sie: „It´s easy to sign a contract, but to implement is an other thing!“ Sie meinte damit, dass es eines Begleitprogrammes zur Integration der Rückkehrer bedürfte, aber davon sei nichts zu sehen. Es nütze auch nichts den Rückkehrern tausend Euro in die Hand zu drücken, davon ließe sich keine Unterkunft errichten. Die serbische Regierung habe schon enorme Probleme, den Hunderttausenden IDP´s eine Perspektive zu bieten. Andernorts hörte ich von einem Projekt für Romarückkehrer aus Deutschland in Knasevac/Ostserbien, was ich aber nicht evaluieren konnte.

Auf ein weiteres Problem der Rückkehrerfamilien mit schulpflichtigen Kindern wurde ich mehrfach hingewiesen: Da die Kinder in Deutschland natürlich in der deutschen Sprache und in lateinischen Buchstaben alphabetisiert wurden, haben sie kaum eine Chance am Unterricht teilzunehmen. Sie beherrschen das Serbokroatische vielleicht noch in der mündlichen Umgangssprache, aber nicht die Schriftsprache. Ich hörte von zehnjährigen Kindern, die in die erste Klasse zurückgestuft wurden, wenn die Eltern den Zugang zur Schule erreichen konnten, d.h. sich registrieren ließen oder lassen konnten. Von den älteren Kindern der oben genannten Familie Drmaku hörte ich, dass sie die Schule schon allein deshalb nicht besuchen könnten, weil sie die serbische Sprache nicht beherrschen. Eine Rückstufung oder Sonderschule käme für sie einer Diskriminierung gleich, sie seien in Deutschland bei allen Schwierigkeiten auf normale Schulen gegangen. Somit unterbrechen die Kinder eine hoffnungsvoll begonnene Schulausbildung und stehen vor dem Nichts. Der Kreislauf beginnt von vorn: Kein Schulabschluss, keine berufliche Bildung, Arbeitslosigkeit bzw. gering bezahlte Jobs, soziale Randlage, bildungsfernes Elternhaus für die nächste Generation. Die Familie Drmaku hatte alle vier Kinder in Deutschland zur Schule geschickt und ihnen neue Zukunftschancen eröffnet. Die erzwungene Rückkehr ist ein Rückschlag.

5. Fazit

Das Rückübernahmeabkommen zwischen der Innenministerien der Bundesrepublik Deutschland und Jugoslawien wird, wenn es wie geplant stringent umgesetzt wird, den Hunderttausenden Binnenflüchtlingen aus verschiedenen Teilen des ehemaligen Jugoslawien und dem Kosovo weitere Zehntausende hinzufügen ohne ein Begleitprogramm für die Unterbringung, Ernährung bzw. soziale Fürsorge und die Umsetzung des Rechtes auf Bildung. Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, der Bundesrepublik Jugoslawien und der Teilrepubliken Serbien und Montenegro erklären sich anscheinend als nicht zuständig für die Aufnahme und Versorgung der Flüchtlinge und überlassen sie ihrem Einzelschicksal.

Damit geraten viele Rückkehrer, die vorwiegend Roma sind, in eine prekäre Notsituation.

Es werden darüber hinaus grundlegende Rechte aus dem Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, insbesondere aus dem Teil III, Artikel 9 bis 13 verletzt: Das Recht auf soziale Sicherheit, das Recht zum Schutz und Beistand der Kinder und Jugendlichen ohne Diskriminierung aufgrund der Abstammung, das Recht auf ausreichende Ernährung, Bekleidung und Unterbringung, auf Schutz vor Hunger, das Recht auf körperliche und geistige Gesundheit, das Recht auf Bildung.

Die Kenntnis der realen Situation, in die Romaflüchtlinge aus Serbien und dem Kosovo (die Situation in anderen Gebieten habe ich nicht evaluieren können) durch eine erzwungene Rückkehr in der Regel geraten, stellt eine Politik des offensichtlichen Drucks zur Rückkehr und der erzwungenen, also nicht freiwilligen Rückkehr (Abschiebung) in Frage. Die Alternative dazu ist die Akzeptanz einer Integrationspolitik von Flüchtlingen, die aufgrund ihrer besonderen Stigmatisierung und Benachteiligung im Herkunftsland und ihrer Rolle in den Bürgerkriegen der neunziger Jahre (zwischen allen Stühlen) neue (Über)lebenschancen auch in der Bundesrepublik Deutschland gesucht haben und zudem seit bis zu 12 Jahren hier leben. Eine Stichtagsregelung für Roma, insbesondere Familien mit Kindern, die bis zum 1. Juli 1999 in der Bundesrepublik Deutschland Zuflucht gesucht haben, wäre eine geeignete politische und humanitäre Lösung für das in diesem Bericht aufgezeigte Dilemma, für das auch die Bundesrepublik Deutschland –aus historischen und aktuellen Gründen- Verantwortung trägt.

Berlin, im Dezember 2002

Anlage: Bericht über die Vertreibung der Roma aus der Siedlung Stari Aerodrom, Belgrad in englischer Sprache
(nur in der kopierten Fassung ergänzt)